



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 31891 - 83

Fernschreiber 08-6690

P/XII/280 - 7. Dezember 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

Chruschtschow und der Vorschlag Kennans	S. 1
Deutsch-britische Symptome der Sputnikitis	S. 2
Zum Appell der Synode	S. 4
Sonderausgabe-Dokumentation: Die Parteien in Frankreich	

Warum nicht beim Wort nehmen ?

sp- Nikita Chruschtschow, Sekretär der Kommunistischen Partei der UdSSR, hat am Freitag-Abend auf einem Empfang erklärt, die Regierung der Sowjet-Union sei bereit, den Vorschlag des früheren amerikanischen Botschafters in Moskau, Kennan, zum beiderseitigen Rückzug der amerikanischen und russischen Truppen aus Mitteleuropa zu unterstützen. Chruschtschow begrüßte ausdrücklich die Initiative Kennans, fügte jedoch hinzu, "aber wir müssen uns vorher noch über Einzelheiten einigen".

Im Westen war von massgebenden Politikern und Staatsmännern nach der Veröffentlichung des aufsehenerregenden Kennan-Vorschlages erklärt worden, die Russen würden nie ihre Truppen aus Mitteleuropa zurückziehen, weil sie dann der Auflösung ihres Satellitengürtels zustimmen müssten. Kennans Vorschlag sei daher unrealistisch.

Jetzt hat Chruschtschow - zwar mit Vorbehalt - Kennans Vorschlag begrüßt.

Die Frage, was "realistisch" ist, bleibt immer relativ. Unrealistisch ist in jeden Fall die Vorstellung, die politischen Probleme der Gegenwart mit militärischen Mitteln lösen zu können; sie ist sogar gespenstisch!

Deshalb: Warum soll man Chruschtschow nicht beim Wort nehmen ?

+ + +

- 2 -

Westliche Politik im Nebel

E.A. London

Als Herr von Brentano sich auf die Rückreise nach Bonn begab, hinterliess er in London ein bereits zwei Tage vorher von den Kanzleien ausgearbeitetes Kommuniqué von edlem Wortschwall, ein Aufsatzen im Foreign Office sowohl als auch in der deutschen Botschaft, dass alles noch gut abgelaufen sei, und in den Gesichtern der zahllosen Pressevertreter die unbeantwortete Frage, was das alles bedeuten sollte. Der sorgsam über die Gespräche gehüllte Mantel der deutsch-britischen Freundschaft und Zusammenarbeit konnte die darunter verdeckten Symptome der akuten Sputnikitis nicht verdecken. Die chronischen Schwächen der NATO-Struktur und Politik wurden bei dem von Brentano-Besuch so deutlich, dass die schlimmsten Vorahnungen für das NATO-Hauptlingstreffen in Paris berechtigt erscheinen.

Die klimatischen Verhältnisse während des Besuches trugen dazu bei, eine gespensterhafte Atmosphäre hervorzuzaubern. Der englische Nebel schien aber auch in die Pressebesprechungen und die Konferenzräume eingedrungen zu sein. Da "Mail" und "Express" ihrem Millionenpublikum angekündigt hatten, dass Harold Macmillan Herrn von Brentano mit einer 50 Millionen-Pfund-Rechnung für Stationierungskosten empfangen werde, drehte sich die erste Frage, die jeder den aus 10, Downing-Street herauskommenden Unterhändlern stellte, um Stationierungsabkommen und Truppenvertrag. Diese Fragen, so mussten sie sich belehren lassen, waren zwar kurz berührt worden, sie werden aber an anderer Stelle - nämlich im NATO-Rat - entschieden werden. Mit diesem diplomatischen Kniff hatte man die Gespräche von den harten materiellen Fragen entlastet. Dem NATO-Rat hat man die harte Nuss zu knacken überlassen, wie man die britischen Finanznöte auf andere Schultern abschieben kann, ohne sich gegenseitig mit ultimativen Forderungen und kühlen Ablehnungen auseinanderzuzanken.

In London herrscht der Eindruck vor, dass die Bundesregierung schliesslich doch mit guter oder böser Miene auf die britischen Forderungen wird eingehen müssen. Macmillan, dessen Popularität auf

einen absoluten Tiefpunkt gefallen ist, würde bei einer Auseinandersetzung in dieser Frage die gesamte Bevölkerung hinter sich haben. Er könnte nichts Volkstümlicheres tun, als noch mehr Kontingente aus der Bundesrepublik abzuziehen und den Wehretat dementsprechend zu entlasten.

Nachdem man die Schwierigkeiten elegant beiseite geschoben hatte, blieb für die anderen Dinge nur noch übrig, mit schönen Worten ihre Inhaltslosigkeit zu verschleiern. Bei einem allgemeinen politischen Überblick konstatierte man die Übereinstimmung der Standpunkte, dass nämlich die alte NATO-Politik beibehalten werden müsse. Man sprach über Zusammenlegung von Forschung und Entwicklung in Rüstungsangelegenheiten. Neu ist daran nur die Betonung, dieselben Dinge stehen bereits in den NATO-Satzungen von vor sechs Jahren und sogar schon in den Texten des noch älteren Brüsseler Vertrages. Nur hat man jetzt dafür das alles umfassende Schlagwort der westlichen "Interdependence" - der wechselseitigen Abhängigkeit voneinander - gefunden. Bei einigem Vorstellungsvermögen müsste man natürlich die wechselseitige Abhängigkeit des Westens vom Osten usw. auch anerkennen, soweit aber fasst man den Begriff noch nicht. So wurde in London die britisch-deutsche Interdependence im westlichen Lager dokumentiert, in Paris wird man sie auf alle westlichen Nationen ausdehnen. Als ein neugieriger Korrespondent den Hauptsprecher des Foreign Office mit einem maliziösen Wächeln darum bat, für ihn den Begriff der Interdependence doch etwas klarer zu machen, antwortete er nach einigem Nachdenken: Er bedeutet mehr "Cooling" und mehr "Endeavour" - mehr Zusammenlegung und höhere Anstrengungen.

So wie das Londoner Communiqué entweder die konkreten Streitfragen umgeht oder aber ihre Lösung späteren Bemühungen überlässt, so dürfte auch die für Paris geplante "Charter der Interdependence" die Knebelhaftigkeit der westlichen Politik bestätigen. Die jeder Koalition souveräner Staaten innewohnenden Schwächen kann man entweder elegant umgehen, wie man das in London jetzt getan hat, oder aber man muss sie aufheben, indem man eines gemeinsamen Zieles wegen zu echten Opfern bereit ist. Wahrscheinlich kann man die NATO - und darum auch die britisch-deutsche militärische Zusammenarbeit zu diesem Zeitpunkt nicht entbehren. Man wird sie aber nicht dadurch stärken, dass man ihre innewohnenden Schwächen mit einer Charter schöner Worte verdeckt und sie ohne festen Kurs steuerlos im Nebel treiben lässt. Das ist eine der Lehren des von Brentano-Besuches in London.

Ein Mahnruf zur rechten Zeit

sp- Dieser Mahnruf darf nicht überhört werden: Der Appell der Synode der evangelischen Kirche an die Politiker von Ost und West, eine atomare Bewaffnung deutscher Armeen nicht zuzulassen. Die Unterzeichner dieses Appells, Männer aus beiden Teilen des gespaltenen Deutschland, wissen nur zu gut, was für das deutsche Volk, für den Frieden in Europa und in der Welt auf dem Spiele steht, wenn es zu diesem Wahnsinnsakt einer Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen kommen sollte. Die Entschliessung der evangelischen Synode spricht ausdrücklich von "deutschen Armeen", worin sich wohl die Besorgnis ausdrückt, dass es bei einer einseitigen Bewaffnung der Bundeswehr mit diesen furchtbaren Vernichtungswaffen nicht bleiben würde; auch die bewaffneten Streitkräfte des Pankow-Staates würden nachziehen und so eine in Europa wohl einmalige Situation herbeiführen: Die unter verschiedenem Oberbefehl stehenden Gruppen eines Volkes, ausgestattet mit schrecklichen Vernichtungsmitteln, blicken sich in das Weisse ihrer Augen. Ist es dann einmal soweit, kann jede Hoffnung auf Wiedervereinigung begraben werden, die politische Landschaft Europas würde erstarren und jeder kleine Zwischenfall, ausgelöst durch Nervosität und Unbedachtsamkeit auf der einen oder anderen Seite, würde zur gegenseitigen Vernichtung führen.

Die evangelische Kirche ist heute die einzige sichtbare Klammer, die Gesamtdeutschland zusammenhält. Sie steht in einem schweren Abwehrkampf gegen die Schikanen und Unterdrückungsversuche des Pankow-Regimes, das diese Stütze Gesamtdeutschlands zum Verstummen bringen möchte. Jeder Schritt zur Vertiefung der deutschen Spaltung ersenwert das Wirken der evangelischen Synode, setzt sie und deren tapferer Glieder noch mehr der Terror-Justiz Pankows aus, muss die Kräfte, die sich gegen den totalen Druck des SED-Staates noch zu erwehren vermögen, weiter entmutigen und sie in eine hoffnungslose Isolation bringen. Diese düstere Vision einer möglichen Entwicklung bewog die Kärner der evangelischen Synode zu ihrem Aufruf an alle Verantwortlichen, es doch nicht soweit kommen zu lassen; sie taten dies vom Boden Esthertins aus und unberührt von den erbitterten Angriffen der SED-Pressa gegen das Wirken der evangelischen Kirche in Deutschland.

Dieser Mutschrei der Synode wirft aber auch ein bezeichnendes Licht auf die Glaubwürdigkeit der offiziellen Bonner Versicherungen, die Frage einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr und der Errichtung von Raketen-Abschussbasen sei bis jetzt nicht akut. Dieses Verdunklungs- und Abschwächungsmanöver ist zu durchsichtig, um nicht sofort erkannt zu werden. Fast zur gleichen Zeit, da die Synode ihren Mahnruf erliess, schrieb der bekannte Labour-Abgeordnete Crossman nach einer kürzlich erfolgten Deutschlandreise im "Daily Mirror", ein amerikanischer Diplomat habe ihm versichert, die Adenauer-Regierung werde den Amerikanern alle Raketenbasen zur Verfügung stellen, die sie wollen. Aber Dr. Adenauer werde warten "bis das deutsche Volk lange genug protestiert habe und bereit sei, wiederum eine vollendete Tatsache hinzunehmen".

Crossman und der amerikanische Diplomat sprachen nur aus, was nachgerade schon öffentliches Geklimnis ist: Die Bundesregierung hat die atomare Bewaffnung der Bundeswehr schon in ihre Pläne einbezogen und nur aus diesem Grunde allein wendet sie sich gegen alle Kräfte und Stimmen, die ein solches Verhängnis noch verhindern wollen. Wird sie auch mit leichter Hand diesen Mahnruf der evangelischen Synode übergehen?

Die Parteien in Frankreich

Eine Darstellung unseres Pariser E-Korrespondenten

Die zahlreichen politischen Krisen in Frankreich, häufige Regierungswechsel und die Unübersichtlichkeit des Parteiensystems, oft aber auch nicht immer passende Vergleiche mit anderen Ländern, führen gelegentlich zu falschen Schlüssen in der Beurteilung der französischen Politik. Dem mehrfach geäußerten Wunsch zahlreicher unserer Abonnenten nachkommend haben wir unseren E-Korrespondenten in Paris gebeten, das Parteiensystem Frankreichs darzustellen. E.Red.

Die meisten politischen Parteien in Frankreich zeichnen sich durch den Mangel an ideologisch begründeten Programmen aus. Ausser den rein politischen Formationen gibt es eine Anzahl Klubs, Interessenvereinigungen mit Querverbindungen aller Art, die sich zu politischen Organisationen erhoben haben und auf das staatliche Geschehen Einfluss zu nehmen versuchen. Nur eine Partei gibt es in Frankreich nicht, die notwendig wäre, um ein demokratisches parlamentarisches Kräftegleichgewicht zu ermöglichen, eine wahrhaft konservative Partei.

Parteien der Linken

Unnötig im Rahmen dieser Darlegungen die kommunistische Partei Frankreichs zu beschreiben. Sie ist, wie die kommunistischen Parteien in den westlichen Ländern, Moskau-treu, linientreu und passt sich mit größter Eile jedem Moskauer Kurswechsel an. 25 % der französischen Wähler geben ihr bei den Wahlen ohne Rücksicht auf die jeweiligen Ereignisse ihre Stimme, nicht etwa weil sie Kommunisten sind, sondern weil sie in der kommunistischen Partei die Opposition sehen, die sich den unpopulären Regierungsmassnahmen widersetzt. Eine Gefahr für die demokratische Republik bilden die fünf Millionen Wähler der kommunistischen Partei Frankreichs nicht. Ihre 145 Abgeordneten sind allerdings ein starker Störfaktor im Parlament und für die staatlichen Institutionen.

Überflüssig ist es auch, von den "Progressisten" zu sprechen, die mit vier Abgeordneten im Parlament vertreten sind und in Wahlkreisen gewählt wurden, in denen die Kommunisten aus taktischen Gründen auf eigene Kandidaten verzichteten. Die Progressisten nehmen im Parlament die gleiche Haltung ein wie die Kommunisten, von denen sie sich kaum anders als durch den Ton unterscheiden. Mit den Progressisten arbeiten die zur sogenannten "Neuen Linken" gehörenden politischen Organisationen zusammen, die teils aus der pazifistischen Bewegung, teils aus sozialistischen Kreisen kommen, die sie aus Verärgerung über den sozialistischen Nachkriegskurs verlassen haben. Ihre Hoffnung, Kern einer neuen grossen sozialistischen Massenpartei zu werden, hat sich nicht erfüllt. Ihr Einfluss ist äusserst gering.

Die sozialistische Partei Frankreichs (S.F.I.O.),

Französische Sektion der Arbeiter-Internationale deutet bereits in ihrem Namen ihren internationalen Charakter an. Das hindert sie allerdings nicht, des öfteren in Gegensatz zur Sozialistischen - 2 -

Internationale zu geraten, wie in neuester Zeit der Algerien-Konflikt und die Suez-Affäre zeigten. Die S.F.I.O. ist eine demokratisch-sozialistische Partei mit marxistischen und humanistischen Wurzeln. Jules Guesde und Jean Jaurès waren ihre bedeutendsten Vorkämpfer. Die Partei verfügt über eine relativ straffe Organisation im ganzen Lande und einer Zentrale in Paris, die der Leitung eines Generalsekretärs und des vom Parteitag gewählten Parteidirektoriums untersteht. Die sozialistische Partei ist eine der Schlüsselparteien der französischen Politik; sie ist in der Nationalversammlung mit 100 Abgeordneten vertreten und stellte in der Nachkriegszeit vier ihrer leitenden Persönlichkeiten (Felix Gouin, Léon Blum, Paul Ramadier und Guy Mollet) als Ministerpräsidenten. Der erste Staatspräsident der 4. Republik, Vincent Auriol, kam gleichfalls aus ihren Reihen.

Die Sozialisten treten für die Zusammenarbeit der freien Mächte ein. Sie befürworten den Atlantikpakt, die europäische Integration (auch im klein-europäischen Rahmen als Ausgangspunkt für die spätere Ausweitung). Sie erstreben den Ausgleich mit dem Osten durch Schaffung eines allgemeinen europäischen Sicherheitspaktes und Verwirklichung der vor Krenl proklamierten friedlichen Ko-Existenz aller Völker. Sie wünschen auch die deutsche Wiedervereinigung, betrachten sie jedoch nicht als das europäische Zentralproblem. Die jüngste internationale Entwicklung veranlaßt sie für eine Neuordnung des Atlantikbündnisses auf politischer und wirtschaftlicher Ebene und Zurückdrängung des rein militärischen Charakters einzutreten. In innerpolitischer Beziehung treten die französischen Sozialisten, wie die Sozialisten aller Länder, für die Verwirklichung einer sozialen Demokratie und für strukturelle Reformen der französischen Wirtschaft ein, um das Land in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zum völligtätigen und konkurrenzfähigen Partner zu machen.

Parteien der "Mitte"

Das französische Bürgertum ist politisch zersplittert. Vor dem Krieg - zur Zeit der 3. Republik - gab es in Frankreich relativ starke Parteien des Bürgertums. Kleinbürger und Großbürger hatten sich feste politische Parteien geschaffen: Die Partei der Kleinbürger und der bäuerlichen Bevölkerung war die Radikal- und Radikalsozialistische Partei, die mit der S.F.I.O. nichts zu tun hat, deren bedeutendster politischer Kopf, Edouard Herriot, vor mehreren Monaten starb. Das Großbürgertum schuf sich die Alliance Démocratique, deren namhaftester Führer in der Vorkriegszeit, der ehemalige Ministerpräsident Pierre-Etienne Flandin war, der heute noch lebt, aber als Außenminister der Vichy-Regierung des Marschall Pétain jetzt als politisch untragbar empfunden wird.

Diese beiden klassischen Bürger-Parteien der Vergangenheit haben ihre einstmalige überragende Bedeutung verloren. Bis zum Jahre 1936 hatten sie sich regelmässig in der Machtausübung abgelöst, soweit sie nicht in Koalitionsregierungen zusammengearbeitet hatten.

Die während der Besetzung Frankreichs im zweiten Weltkrieg entstandene Widerstandsbewegung legte nach Beendigung des Krieges die alten bürgerlichen Parteien, deren Mitglieder vielfach mit der Besatzungsmacht zusammengearbeitet oder aber Pétain unterstützt hatten, hinweg. Der Versuch, unter dem Banner General de Gaulle eine politische Neuordnung durchzuführen, schlug fehl. Nahezu alle Gruppen und Parteien beriefen

sich in ihren Bestrebungen auf General de Gaulle, der selbst ausser-stande war, seinen Anhängern ein allgemein anerkanntes politisches Programm zu geben und sich 1946 enttäuscht von der politischen Bühne zurückzog, nicht ohne später einen neuen Versuch zur Übernahme der politischen Macht durch Schaffung der Sammlungsbewegung des französischen Volkes (RPF) zu unternehmen, der kläglich scheiterte.

Die Widerstandsdemokraten

bilden in sogenannten bürgerlichen Bereich eine kleine, einflussreiche Gruppe, den Sozialisten benachbart, mit dem früheren Ministerpräsidenten René Pleven und dem ehemaligen Justizminister Francois Mitterrand an der Spitze. Vor allem Mitterrand ist es, der seiner Partei Impuls zu geben versteht. Er ist temperamentvoll, kämpferisch und stets geneigt, neue Wege zu gehen, auch wenn sich Hindernisse in den Weg stellen. Er gehört zu jenen Politikern, die für Algerien neue Lösungen erstreben und die Schaffung einer Französisch-afrikanischen Gemeinschaft auf föderativer Grundlage fördern. Gehört Pleven zu den sogenannten "Europäern", er war der Vater der EWG-Idee, so kann man Mitterrand keineswegs zu den Anhängern eines Klein-Europas zählen. Die Widerstandsdemokraten (UDSR - Demokratisch-Sozialistische Widerstandsvereinigung) bilden mit ihren afrikanischen Freunden in der Nationalversammlung eine Fraktion von 21 Mitgliedern.

Die Radikalsozialisten -

ehedem die grosse Partei des Kleinbürgertums - sind heute in einer äusserst kritischen Situation. Einstmals die "Infanterie der Republik", wie sie Herriot mit Stolz nannte, bilden sie jetzt drei parlamentarische Gruppen, von denen nicht eine imstande ist, bei grossen politischen Entscheidungen ihre Einheit zu wahren. Partei der Köpfe scheinen sie völlig kopflös geworden zu sein.

Die Radikal- und Radikalsozialistische Partei war auch in ihren Glanzzeiten niemals eine organisierte Massenpartei, sondern eine lose Organisation von politischen Klubs und Vereinigungen lokalen und provinziellen Charakters, deren führende Männer im öffentlichen Leben als Gemeinderäte, Bürgermeister, Provinzial- und Departementalvertreter und Abgeordnete wirkten. Ihr gemeinsames Ideal war eine freie Republik weltlichen Charakters mit einer liberalen Wirtschaft. Sie waren antiklerikal ohne anti-kirchlich zu sein, verwirklichten zu Beginn dieses Jahrhunderts die Trennung von Staat und Kirche und Kirche und Schule und wandten sich jederzeit gegen staatliche Eingriffe in die Wirtschaftssphäre und in das Eigentum. Als bürgerliche Demokraten und vermeintliche Erben der revolutionären Tradition von 1789 machten sie aus der Erklärung der Menschenrechte ihr Parteigesetz, das sie oftmals verletzen. Die Devise "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" ist ihr Sonntagsgelöbnis, das in der Tagespolitik oftmals zu kurz kommt. Kurzum, die Radikalsozialisten entwickelten sich in der 3. Republik zur eigentlichen französischen Staatspartei, die stets zu Kompromissen bereit war, solange sie die Führung innehatte. War Edouard Herriot der bedeutendste politische Kopf dieser Partei in den letzten 50 Jahren, so zählten doch zahlreiche andere Politiker von Format zu ihren Führern, so u.a. Leon Bourgeois, Theodor Steeg, Joseph Caillaux, die in der 3. Republik eine bedeutende Rolle spielten, Pierre Mendès-France, Edgar Faure,

René Mayer und Felix Gaillard, die in der jüngsten Zeit als Bannerträger des Radikalismus in den Vordergrund gestellt wurden. Ihre Rolle als Staatspartei hat die Radikalsozialistische Partei ausgespielt.

In der derzeitigen politischen Konstellation Frankreichs kommt ihr eine drittrangige Bedeutung zu, obgleich sie desöfteren der Ministerpräsidenten stellt. Mendès-France, vor wenigen Jahren die grosse Hoffnung der Radikalsozialisten, die eine Erneuerung ihrer Partei erstrebten, steht verärgert, enttäuscht und vom Gros der Partei abgelehnt im Schmollwinkel, unentschlossen, ob er noch einmal den Kampf um die Parteiernennung aufnehmen oder eine neue Partei mit der ihm treu gebliebenen jüngeren Elementen bilden soll. Seine politischen und wirtschaftspolitischen Konzeptionen harmonisieren allzu wenig mit jenen der jetzt im Vordergrund stehenden Parteikreise. Sein einstiger Freund Edgar Faure, von ihm selbst aus der Partei ausgeschlossen, weiß er im Herbst 1955 die Nationalversammlung unter Verletzung der Traditionen auflöste und einen schweren Misserfolg damit erzielte, schauf sich in der Sammlungsbewegung der Republikanischen Linken (RGR), die vor vielen Jahren als Dachorganisation für eine grössere Anzahl bürgerlich-republikanischer Vereinigungen gegründet wurde, eine neue Partei, der gegenwärtig 14 Parlamentarier angehören. Und ausserdem kam es vor mehr als Jahresfrist vor allem über das Algerien-Problem zu einer weiteren Spaltung der Radikalsozialistischen Partei und dem Austritt von 13 Abgeordneten aus der Fraktion unter Führung der früheren Ministerpräsidenten Henri Queuille und Adré Marie, sowie des jetzt stark umstrittenen ehemaligen Ministers André Morice, dem von seinen Gegnern Mitwirkung am Bau des Atlantikwalls zugunsten der Deutschen vorgeworfen wird. Von den ursprünglich 65 radikalsozialistischen Abgeordneten gehören heute der Fraktion der alten Partei lediglich noch etwa 40 an, die fast bei jeder entscheidenden Abstimmung in drei Gruppen zerfallen, "Europäer" und Anti-"Europäer", Anhänger des Atlantikpaktes und Vertreter einer Politik der Annäherung an die Sowjetunion, Förderer und entschiedene Gegner struktureller Wirtschaftsreformen bilden heute die Radikalsozialistische Partei, der jede Einheit der Konzeption fehlt.

Die konservativen Elemente

befinden sich keineswegs in einer günstigeren politischen Situation. Trotz stärkster Bemühungen ist ihnen bis jetzt die Schaffung einer wahrhaft konservativen Partei nicht gelungen. Die bürgerliche Rechte Frankreichs ist im wesentlichen nicht konservativ, sondern reaktionär. Die wenigen wirklich konservativen Elemente verschwinden in der reaktionären Masse und bleiben deshalb einflusslos. Die Alliance démocratique besteht als parlamentarischer Faktor nicht mehr. Die wenigen aus ihren Reihen stammenden Parlamentarier verschwinden im Gros derjenigen, die heute die Fraktion der Unabhängigen, -wichtigste Rechtsformation - mit 100 Abgeordneten in der Nationalversammlung bilden. Offizielle Führer dieser Gruppe sind die früheren Ministerpräsidenten Antoine Pinay, Paul Reynaud und Joseph Laniel, deren tatsächlicher Einfluss auf die Unabhängigen wesentlich geringer ist, als allgemein angenommen wird. Pinay ist das politische Aushängeschild der Gruppe, da es ihm zur Zeit seiner Ministerpräsidentenschaft im Jahr 1952 unter besonders günstigen internationalen Umständen gelang, der jahrelangen Inflation ein Ende zu bereiten und eine gewisse wirtschaftliche Stabilität zu verwirklichen. Vergessen ist, dass er sich trotz ehrlichen Bemühens nicht gegen die Widerstände der grossen Wirtschaftsverbände

durchsetzen konnte und der von ihm verkündete Neo-Liberalismus scheiterte. In keiner politischen Gruppe macht sich der Einfluss der Wirtschaftsorganisationen in so klarer Weise geltend, wie bei den Unabhängigen.

Dass es bei ihnen an Nationalisten nicht fehlt, ist dabei ebenso selbstverständlich wie der Zuzug von Reaktionen aller Schattierungen. Nichts ist schwieriger als die Fixierung des politischen Programms der Unabhängigen. In ihren Reihen sind zu den grossen Problemen der Gegenwart alle Auffassungen erlaubt, nur eines ist Grundsatz: die absolute Sicherung der Privatwirtschaft vor staatlichen Einflüssen, was sie nicht hindert, staatliche Unterstützung und Schutz zu fordern, wenn ungünstige Situationen eintreten oder internationale Ereignisse für die Wirtschaft Schwierigkeiten bringen. Absolute Sicherung der Privatwirtschaft bedeutet für sie auch Widerstand gegen die Erweiterung der sozialen Rechte der Arbeitnehmerschaft. Im Übrigen stehen in den Reihen der Unabhängigen die Vertreter pro- und anti-"europäischer" Tendenzen im ständigen Kampf.

Es ist klar, dass eine Gruppe mit so ausgeprägten inneren Widersprüchen zur Bildung einer politischen Partei ausserstande ist. Das hinderte sie jedoch nicht daran, eine gemeinsame Organisationsplattform im Zentrum der Unabhängigen, der sozial-republikanischen Aktion (gaullistische Dissidenten konservativer Herkunft) und Landwirtschaftsparteiler unter der tatkräftigen Leitung des sehr geschickten, aus den Reihen der Radikalsozialisten kommenden Senators und ehemaligen Ministers Roger Duchet zu schaffen, das grossen Einfluss auf die rechtsstehenden Wählermassen gewann und deren Abneigung gegen Steuerleistungen und staatlich bedingte Lasten auszuwerten wusste. Dass es in einer so gegensätzlich zusammengesetzten parlamentarischen Fraktion, in der Grossindustrielle und Finanzmänner neben Vertretern des Handels, der kleinen und verarbeitenden Industrie und der Landwirtschaft der verschiedensten Kategorien sitzen und ausserdem, dass Nationalisten alten Schlages und sonstige Reaktionen politischen Unterschlupf fanden, ständig Reibungen und Uneinigkeit gibt, ist klar und ebenso selbstverständlich, dass diese inneren Gegensätze nicht ohne Einfluss auf die immer wieder ausbrechenden französischen Krisen bleiben können, da sich innerhalb dieser Fraktion ständig neue und anders geartete Mehrheitsverhältnisse entwickeln.

Die Christlich-Sozialen und Christlichen Demokraten (MRP)

kamen erst in den Nachkriegsjahren in Frankreich zu politischem Einfluss. Im Gegensatz zur deutschen CDU/CSU ist die christliche Partei Frankreichs, der MRP (Republikanische Volksbewegung) rein katholisch. Ihre Führer sind Georges Bidault, der gegenwärtig in den Hintergrund gedrängt ist, Pierre-Henri Teitgen, Pierre Pflimlin, der z.Z. Finanz- und Wirtschaftsminister ist, Robert Schuman, der sich als Aussenminister und wärmster Verfechter europäischer Ideen einen internationalen Namen machte und Maurice Schumann, der längere Zeit Staatssekretär im Aussenministerium war. Diese Partei, obwohl sie ihre Wurzeln bereits in den Vorkriegsjahren schlug und Marc Sangnier als einen ihrer grossen Vorkämpfer betrachtet, ist trotzdem ein Kind der französischen Widerstandsbewegung des letzten Krieges. Traten damals in erster Linie ihre sozial-fortschrittlichen Elemente in den Vordergrund und gaben sie der Partei das äussere Gepräge, so setzten sich später, vor allem in der 2. Legislaturperiode 1951-1955 in der im wesentlichen die rechte

Mitte am Ruder war, die konservativen und klerikalen Parteikreise durch, die die Schaffung eines antirepublikanischen Schulgesetzes (Barangé-Gesetz) erzwangen, das den sogenannten freien, d.h. in wesentlichen konfessionellen Schulen staatliche Subventionen verschaffte, die bis dahin durch die Laiegesetze des Jahres 1905 (Trennung von Kirche und Staat und Kirche und Schule) als ausgeschlossen galten. Die enge Zusammenarbeit mit der Rechten ist den Christlichen Demokraten Frankreichs nicht allzugut bekommen, denn aus der Zeit dieser Zusammenarbeit stammt die starke Entfremdung zu der republikanischen Linken und vor allem zu den Sozialisten, die erst jetzt infolge gemeinsamer sozialer Interessen langsam abflaut. Die parlamentarische Stärke des MRP beruht auf dem Verhältnis-Wahlrecht, an dem diese Partei starr festhält. Bei einem Mehrheitswahlsystem würden die Christlichen Demokraten nahezu überall ihren politischen Einfluss einbüßen, da sie von den Kreisen der republikanisch-demokratischen Linken (Sozialisten, Radikalsozialisten und verwandte Gruppen) fast überall in Stichwahlen überstimmt würden. In aussenpolitischer Hinsicht verteidigt die Partei das Atlantikbündnis, die europäische Integration (politisch, wirtschaftlich und militärisch) und ferner trachtet sie nach einem Ausgleich mit dem Osten auf der Grundlage eines allgemeinen europäischen Kollektiv-Sicherheitspaktes.

Die Gaullisten,

unmittelbar nach dem Kriege in allen Parteien stark vertreten, später zu einer mächtigen politischen Partei unter der Bezeichnung RPF (Sammlungsbewegung des französischen Volkes) gestaltet, gehören zu den Geseheiterten der französischen Politik. Von Gründung zu Gründung und Spaltung zu Spaltung haben sie den ihrem Idol- General de Gaulle ursprünglich gewährten politischen Kredit in wenigen Jahren verspielt. Heute gibt es in der Nationalversammlung nur noch eine kleine aus etwa 20 Abgeordneten bestehende sozial-republikanische Fraktion als Bannerträger des Gaullismus und in dieser kleinen Fraktion bestehen so grosse Gegensätze, dass es General de Gaulle ablehnt, diese Fraktion als seine Wortführer anzuerkennen, obwohl ihr seine einstmaligen engsten Mitarbeiter, u.a. der frühere Generalgouverneur für Algerien, Jacques Soustelle und der jetzige Verteidigungsminister Chaban-Delmas angehören. Gaullismus ist heute zu einer national-sentimentalen Angelegenheit geworden, nachdem er als politischer Gestalter versagt hat. Als Ideologie hat er keine Einheit zu schaffen vermocht und in Bezug auf die grossen internationalen Fragen mangelt es seinen heutigen Vertretern an Einheit. Nur in einer Beziehung zeigen sie ihre Geschlossenheit: in der Verteidigung der französischen Souveränität. Sie sind Gegner der Europa-Politik der letzten Jahre.

Die Poujadisten

sind der Flugsand der politischen und wirtschaftlichen Krisen des Landes. Sie bilden die äusserste Rechte auf dem politischen Schachbrett, obwohl sie dagegen stets mit grösster Energie protestieren. Sie haben kein Programm, sondern sehr eng gesteckte gruppenegoistische Ziele, die sie programmatisch zu verkleiden versuchen. Gegründet von Pierre Poujade zur Verteidigung der materiellen Interessen der Händler und

Kleingewerbetreibenden gegen den Staat und Fiskus, gelang es ihnen in den Zeiten der politischen Verwirrung, die den Wahlen des 2. Januar vorausgingen, eine Anzahl Berufsorganisationen im Lande aufzuziehen, Einfluss auf zahlreiche Handelskammern zu gewinnen und dadurch auch einer grösseren Öffentlichkeit bekannt zu werden, die ihr am Wahltag die Stimmen gab und zunächst 52 ihrer Vertreter in die Nationalversammlung entsandte. Die Wahl von 12 ihrer Abgeordneten wurde ungültig erklärt, andere Poujadisten haben sich zurückgezogen, einige, zum Beispiel der durch den grossen Verratsprozess bekanntgewordene frühere Pariser Polizeikommissar Bides hat sich den Unabhängigen nach seinem Bruch mit den Poujadisten angeschlossen. Die Aussichten der Poujadisten, bei Neuwahlen ihren Erfolg von 1956 zu wiederholen, werden trotz der anhaltenden Krise nicht als günstig betrachtet, da sich die bisherige parlamentarische Arbeit ihrer Vertreter als überaus negativ erwies und sie selbst auf dem Gebiet des Steuerwesens, dessen Kritik ihnen mehrmals zwei Millionen Wähler brachte, nicht den kleinsten positiven Beitrag zu einer echten Steuer-Reform gemacht haben. In politischer Beziehung erwiesen sie sich in den zwei Jahren ihrer parlamentarischen Aktion als reaktionäre reinsten Wassers und als Nationalisten und Chauvinisten, denen es stets an Verständnis für politische Realitäten fehlte.

* * *

Nachtrag:

Gerade in diesen Tagen wird in Frankreich eine neue Partei gegründet, die den Namen "Union de la Gauche Socialiste" (Vereinigung der sozialistischen Linken) erhält. Sie setzt sich zusammen aus Gruppen und Bewegungen, die zwar marxistisch, aber antistalinistisch sind. Ihre Mitglieder gehörten zum Teil der kommunistischen, zum Teil der sozialistischen Partei an. Ausserdem wollen sich der "Union" auch linksrepublikanische, vom Katholizismus herkommende Elemente anschliessen. Zu den Initiatoren dieser neuen Parteigründung gehört aber auch André Viénot, eine bekannte Sozialistin, die zusammen mit ihrem im Kriege gefallenen Mann früher zu den engsten Freunden von Léon Blum gehörte. Hinter Frau Viénot steht ein grosser Teil des ardennerbezirktes der SFIO.

Die neue Partei will sich zwischen die sozialistische und die kommunistische Partei stellen. Sie hat auf ihre Fahnen den Kampf gegen den Kolonialismus geschrieben und fordert eine aktivere Sozial- und Wirtschaftspolitik in sozialistischer Sinne. Ob die "Union" versuchen wird, bei den nächsten Wahlen zur Nationalversammlung mit eigenen Kandidaten aufzutreten, ist noch ungewiss.

* * *

Verantwortlich: Günter Markschoffel